LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/15445**

26.08.2025

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 6116 vom 21. Juli 2025
der Abgeordneten Henning Höne und Dietmar Brockes FDP
Drucksache 18/14872

Außer Spesen nichts gewesen? – Was bleibt von der Brüssel-Reise von Ministerpräsident Wüst und Wirtschaftsministerin Neubaur?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Ministerpräsident Hendrik Wüst, seine Stellvertreterin und Wirtschaftsministerin Mona Neubaur und der Minister für Europaangelegenheiten Nathanael Liminski reisten kürzlich gemeinsam mit zwölf Konzernchefs großer nordrhein-westfälischer Unternehmen nach Brüssel. Ziel war ein **–** öffentlichkeitswirksames **–** Treffen mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, bei dem den Angaben der Landesregierung zufolge ein Impulspapier mit dem Titel „Europapolitischer Impuls aus Nordrhein-Westfalen“ übergeben wurde. Nach einem gemeinsamen Mittagessen folgte eine Pressekonferenz – allerdings ohne einer Teilnahme der Kommissionspräsidentin selbst. Auch über eine Reaktion auf das Impulspapier seitens der EU-Kommission oder von Ursula von der Leyen persönlich ist nichts bekannt.

Trotz der eigens zu diesem Anlass beantragten Aktuellen Stunde und der entsprechenden Plenardebatte in der Landtagssitzung am 10.07.2025 bleibt die Landesregierung der Öffentlichkeit weiterhin zentrale Details der Reise schuldig, insbesondere im Hinblick auf die Wirkung der Reise über die Pressefotos hinaus. Der WDR urteilte daher bereits: „Schon am Tag danach hatte man in Brüssel die Sache wieder vergessen.“[1]

Die Argumentation, dass die Unternehmensvertreter nicht mitgekommen wären, wenn es nicht wichtig gewesen wäre, darf hier nicht gelten; für die Menschen in Nordrhein-Westfalen zählen konkrete Ergebnisse. Ministerpräsident Hendrik Wüst erklärte in der o.g. Landtagsdebatte lediglich, Ursula von der Leyen habe „sehr, sehr genau zugehört“ und man habe ein „Follow-up“ verabredet.[2] Dieses Follow-up soll etwa in der Form von Berichten über die Wirkung von EU-Initiativen in der Praxis der nordrhein-westfälischen Unternehmen erfolgen. Dazu soll es

[1] Christoph Ulrich: Man kann es auch übertreiben, in: WDR, 04.07.2025, abgerufen unter: https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/18-millionen/editorial-bruessel-wuest-100.html (letzter Zugriff 16.07.2025)
[2] Rede des Ministerpräsidenten Hendrik Wüst, Plenarsitzung am 10.07.2025, TOP 1 “Neues Impulspapier der Landesregierung - Wirtschaftspolitische Realsatire beenden und endlich die Rahmenbedingungen für alle Unternehmen in Nordrhein-Westfalen verbessern”, Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP.

Datum des Originals: 26.08.2025/Ausgegeben: 01.09.2025

weitere Gespräche mit der Kommission geben. Ob die EU-Kommission und ihre Präsidentin daran jedoch mehr Interesse haben als bspw. an einer gemeinsamen Pressekonferenz, die wie dargelegt gar nicht stattfand, bleibt ungewiss. Ebenso unklar bleibt, ob diese Spiegelung der Auswirkungen von EU-Initiativen nun für alle Unternehmen erfolgen soll – oder ob kleine und mittlere Unternehmen, Freiberufler und insbesondere das Handwerk erneut – wie bereits bei der Auswahl der Delegationsteilnehmer – außen vor gelassen werden.

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei hat die Kleine Anfrage 6116 mit Schreiben vom 26. August 2025 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit der Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie beantwortet.

1. Wer hat zu welchem Zeitpunkt die Entscheidung über die Durchführung der Reise nach Brüssel – einschließlich der Zusammensetzung der Delegation – getroffen?

2. Wie lautete das vollständige Programm der Brüssel-Reise einschließlich aller offiziellen Termine, Gesprächspartnerinnen und -partner sowie begleitender Veranstaltungen?

3. Welche Kosten sind im Zusammenhang mit der Reise der Landesregierung nach Brüssel und der Erstellung sowie Kommunikation des Impulspapiers „Europapolitischer Impuls aus Nordrhein-Westfalen“, aufgeteilt nach Positionen (insbesondere Kosten der IW-Studie als Grundlage des Impulspapiers sowie Reise-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten der Delegation sowie etwaige Kommunikationsausgaben), angefallen?

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 1 bis 3 zusammen beantwortet:

Die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union veranstaltet seit vielen Jahren ein Sommerfest. Die Mitglieder der Landesregierung nehmen daran in der Regel teil und nutzen die Gelegenheit, um weitere Termine in Brüssel wahrzunehmen und Gespräche zu führen.

Das Gespräch von Ministerpräsident Hendrik Wüst, der Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, Mona Neubaur, des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei, Nathanael Liminski, sowie Wirtschaftsführern mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am Tag des diesjährigen Sommerfests der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union stattgefunden. Die Terminabsprache mit dem Büro der EU-Kommissionspräsidentin und die Auswahl der Gesprächsteilnehmer erfolgten im Frühjahr 2025 durch die Staatskanzlei. Zusätzliche Reise- und Übernachtungskosten anlässlich des Austauschs mit der EU-Kommissionspräsidentin sind bei den Mitgliedern der Landesregierung nicht entstanden. Die teilnehmenden Wirtschaftsvertreter sind unabhängig und auf eigene Kosten angereist.

Dem Austausch mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen war ein kurzes Zusammentreffen der Gesprächsteilnehmer in der Landesvertretung vorausgegangen. Im Anschluss an das Gespräch mit der Kommissionspräsidentin gab es eine Presskonferenz. Darüber hinaus gab es keine weiteren Programmpunkte. Die Wirtschaftsvertreter waren jedoch am Abend zum Sommerfest in der Landesvertretung eingeladen.

Im Zusammenhang mit dem Austausch mit der EU-Kommissionspräsidentin sind Kosten für den Transfer der Delegation zwischen Landesvertretung und dem Kommissionsgebäude sowie Pressezentrum, für den offiziellen Fotografen, für die Nutzung des Pressezentrums, für Catering und Dolmetschung von insgesamt 4.557,22 Euro entstanden.

Das Impulspapier „Europapolitischer Impuls aus Nordrhein-Westfalen“ wurde in der Staatskanzlei in Abstimmung mit den beteiligten Unternehmen und Verbänden sowie unter Einbindung des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Klimaschutz und Energie erarbeitet. Zur fachlichen Untermauerung der Diskussion mit der Europäischen Kommission wurde ergänzend eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) herangezogen. Die Beauftragung erfolgte durch die Staatskanzlei. Die Kosten für die Erstellung der Studie beliefen sich auf 5.831 Euro.

4. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um sicherzustellen, dass der Besuch und die angekündigten Nachfolgeformate wie die Berichterstattung über Auswirkungen von EU-Initiativen tatsächlich eine Wirkung entfalten, die insbesondere für NRW nachhaltig und erkennbar ist?

Die Landesregierung hat unmittelbar nach dem Gespräch mit Kommissionspräsidentin von der Leyen einen Folgeprozess gestartet. Ziel ist es, Rückmeldungen der beteiligten Unternehmen zu den praktischen Auswirkungen europäischer Regelungen zu bündeln und in den politischen Diskurs auf EU-Ebene einzubringen. Die Staatskanzlei hat dazu Kontakt mit den Wirtschaftsvertretern aufgenommen, um konkrete Vorschläge zu erfassen. Weitere Gespräche mit der Europäischen Kommission sind in Vorbereitung.

5. Aus welchen Gründen wurde bei der Auswahl der Delegationsteilnehmer auf eine Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen, Vertreter der Freien Berufen sowie des Handwerks verzichtet?

Ziel der Reise war ein hochrangiger Austausch mit der Präsidentin der Europäischen Kommission zu zentralen industrie- und wettbewerbspolitischen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund wurden führende Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen eingeladen, die in besonderem Maße von europäischen Rahmenbedingungen betroffen sind und über entsprechende europapolitische Anknüpfungspunkte verfügen. Für die Perspektive des Mittelstands mit seinen zahlreichen Hidden Champions nahm Herr Arndt G. Kirchhoff als Vorsitzender des Mittelstandsbeirats und Präsident von unternehmer.NRW an dem Termin teil. Die Auswahl erfolgte unter dem Gesichtspunkt, eine möglichst breite sektorale Abdeckung wesentlicher Industriebranchen in Nordrhein-Westfalen zu erreichen.